

# Stadt Hildburghausen

06.03.2026

## Beschlussvorlage

Einreicher: Der Bürgermeister

**Beschlusnummer:**

0248/2026

**Amt:** Bauamt  
**Sachbearbeiter:** Herr Klinnert  
**Aktenzeichen:**  
**Bezug-Nr.:**

Sitzung	Status	Datum	Abstimmung:
Stadtplanungs- und Bauausschuss	öffentlich	11.03.2026	Ja:    Nein:    Enth.:

### Bezeichnung der Vorlage:

Stellungnahme der Gemeinde nach § 36 BauGB - Verteilküche für Patientenversorgung, Schleusinger Straße, Hildburghausen

### Beschlusstext:

Beschlussvorschlag

Zu dem Antrag auf Baugenehmigung

**Bauvorhaben:** Herrichten einer Teilfläche im Neubaubestand zum Betreiben einer Verteilküche für die Patientenversorgung  
**Standort:** Schleußinger Straße 17, 98646 Hildburghausen  
Flurst.-Nr.: 875/4, Gem.: Hildburghausen  
**Antragsteller:** Henneberg-Kliniken-Besitzgesellschaft mbH, 98646 Hildburghausen  
**Planer:** dsp Architekten, 98553 Schleusingen

erteilt die Stadt Hildburghausen ihr gemeindliches Einvernehmen im Sinn des § 36 BauGB, wie aus der Anlage ersichtlich.

<input checked="" type="checkbox"/> gez.	<input checked="" type="checkbox"/> gez.	<input type="checkbox"/> gez.	<input checked="" type="checkbox"/> gez.
_____ Bürgermeister Patrick Hammerschmidt	_____ zust. Amtsleiter Steven Haake	_____ Kämmerei Sandra Heinz	_____ Justiziar Stefanie Zöllner

gez.  
\_\_\_\_\_  
Amtsleiterin Haupt-  
und Personalamt  
Stefanie Zöllner

## **Begründung:**

### **§ 36 BauGB – Beteiligung der Gemeinde und der höheren Verwaltungsbehörde**

- (1) Über die Zulässigkeit von Vorhaben nach den §§ 31, 33 bis 35 wird im bauaufsichtlichen Verfahren von der Baugenehmigungsbehörde im Einvernehmen mit der Gemeinde entschieden. Das Einvernehmen der Gemeinde ist auch erforderlich, wenn in einem anderen Verfahren über die Zulässigkeit nach den in Satz 1 bezeichneten Vorschriften entschieden wird; dies gilt nicht für Vorhaben der in § 29 Satz 3 bezeichneten Art, die der Bergaufsicht unterliegen, sowie für Vorhaben, für die gesetzliche Planfeststellungsverfahren vorgesehen sind. In den Fällen der §§ 33, 34 Abs. 3 und des § 35 Abs. 2 und 4 ist auch die Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde erforderlich.
- (2) Das Einvernehmen der Gemeinde und die Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde dürfen nur aus den sich aus den §§ 31, 33, 34 und 35 ergebenden Gründen versagt werden. Das Einvernehmen der Gemeinde und die Zustimmung der höheren Verwaltungsbehörde gelten als erteilt, wenn sie nicht binnen zwei Monaten nach Eingang des Ersuchens der Genehmigungsbehörde verweigert werden. Die höhere Verwaltungsbehörde kann für bestimmte Fälle allgemein festlegen, dass ihre Zuständigkeit nicht erforderlich ist.

## **Anlagen:**

- Gemeindl. Einvernehmen
- Lageplan
- Auszug aus FNP
- Planunterlagen

**Verteiler nach der Beschlussfassung:**

**Sitzungsdienst, Amt 60**